

# Neues aus Niedersachsen

## Newsletter aus Hannover für die Region



Liebe Leserinnen und Leser,

der Februar neigt sich dem Ende, und mit ihm auch die trostlose Zeit der Rest-Ampel. Wahlgewinner der Bundestagswahl ist die Union. Doch eines steht bereits jetzt fest, auch wenn noch vieles offen ist: Es gibt keine Zeit zu verlieren. Endlich können wir die großen Herausforderungen unseres Landes entschlossen anpacken. Die drängendsten Themen liegen auf dem Tisch – von der Stabilisierung der Wirtschaft über die Sicherung der Energieversorgung bis hin zur Lösung der Migrationskrise.

Besonders im Hinblick auf die wirtschaftlichen Herausforderungen, die durch die globale Lage noch verschärft wurden, wird es darauf ankommen, die richtigen Weichen zu stellen. Und auch bei der inneren Sicherheit, die in Zeiten wachsender internationaler Spannungen eine zentrale Rolle spielt, bedarf es endlich klare Antworten. Nur durch klare und zukunftsorientierte Entscheidungen können wir Deutschland wieder zu einem starken und effektiven Staat machen.

Doch nicht nur in Berlin, sondern auch hier im Landtag gibt es viel zu tun: Die letzten zwei Plenartage in Hannover standen zwar durchaus unter dem Eindruck der Bundestagswahl, aber für uns ist klar, dass sich die Landesregierung nicht weiter zurücklehnen darf. Auch im Land muss ein neuer Turbo gezündet werden.

In diesem Newsletter möchte ich Ihnen einen Einblick in diese intensiven Sitzungen geben und einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen im Landtag verschaffen. Ich freue mich, Ihnen in diesem Zusammenhang die wichtigsten Themen und meine Perspektiven als Landtagsabgeordneter näherzubringen.

Viel Freude beim Lesen und immer dran denken:  
Nach Februar kommt Merz.

Herzliche Grüße

## **Finanzierung des Deutschland-Tickets: Eine Revolution für ganz Niedersachsen?**

Im Rahmen des Februar-Plenums habe ich mich mit der Zukunft des Deutschland-Tickets und seiner Finanzierung beschäftigt. In meiner Rede dazu habe ich betont, dass das Deutschland-Ticket zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung ist, jedoch nur dann erfolgreich bleiben kann, wenn es auch in allen Regionen des Landes funktioniert.

„Das Deutschland-Ticket ist eine gute Idee, aber nur dann, wenn es auch überall funktioniert“, begann ich meinen Redebeitrag, der sich einer Befragung der Landesregierung anschloss. Zwar hat es vielen Menschen den Zugang zum öffentlichen Nahverkehr erleichtert, doch in ländlichen Regionen wie Diepholz oder Friesland bleibt der Erfolg bislang aus. „Wer auf dem Land lebt, kann zwar ein Deutschland-Ticket kaufen, aber wohin soll er damit fahren? Der nächste Bus kommt vielleicht in einer Stunde, der nächste Zug in zwei“, machte ich deutlich.

Kritisch habe ich die fehlende

Infrastruktur und die unzureichende Unterstützung durch die Landesregierung angesprochen. Zu oft wird die Verantwortung auf den Bund abgeschoben. Besonders in den ländlichen Gebieten, die auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen sind, wird das Potenzial des Deutschland-Tickets nicht ausgeschöpft. „Die Revolution in der Breite ist ausgeblieben. Wenn die Infrastruktur fehlt, nützt das beste Ticket nichts“, so mein Appell.

Ich fordere mehr Engagement der Landesregierung. Niedersachsen muss das Deutschland-Ticket zu einem echten Angebot für alle Bürger machen. „Machen Sie Niedersachsen zu einem Land der echten Mobilität – von Diepholz bis Lüneburger Heide“, schloss ich meine Rede in Richtung Verkehrsminister Olaf Lies. Es liegt in unserer Hand, die Mobilitätswende auch im ländlichen Raum voranzutreiben und das Deutschland-Ticket zu einer echten Erfolgsgeschichte zu machen.



### **Lechner fordert klaren Politikwechsel und konkrete Lösungen für Niedersachsen**

In seiner Rede anlässlich der Aktuellen Stunde der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag zum Thema „Politikwechsel im Bund – Neue Chancen für die Menschen in Niedersachsen“ betonte der Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag, Sebastian Lechner, die Dringlichkeit eines politischen Kurswechsels auf Bundesebene und die damit verbundenen Chancen für Niedersachsen.

Lechner erklärte, dass die Bundestagswahl Deutschland eine große Verantwortung auferlege und nun der Zusammenhalt der Mitte der Gesellschaft gefragt sei. In Bezug auf die internationale Lage stellte er klar, dass Deutschland eine führende Rolle in Europa übernehmen müsse. Dabei sei es wichtig, auch kleinere Staaten einzubeziehen. Besonders in Bezug auf die Ukraine bekräftigte er: „Deutschland steht auch nach der Bundestagswahl fest an der Seite der Ukraine. Unrecht darf niemals siegen.“

Lechner sprach auch die Zunahme der politischen Ränder im Bundestag an und betonte, dass die politischen Ränder nur durch die Lösung drängender innerer Probleme zurückge-

drängt werden könnten: „Mit der Linkspartei und der AfD haben Putin und Xi Jinping praktisch eine Sperrminorität im Deutschen Bundestag erreicht. Wir müssen die politischen Ränder wieder schwächen, indem wir die wichtigen Themen im Land tatsächlich und spürbar lösen.“

Ein zentrales Thema in Lechners Rede war die wirtschaftliche Entwicklung Niedersachsens. Niedersachsen müsse als Industrieland erhalten bleiben. „Wir brauchen stabile und niedrigere Energiepreise und müssen das Energieangebot ausbauen – Biogas, erneuerbare Energien und Gaskraftwerke sind das Gebot der Stunde“, so der CDU-Politiker. Auch die Auto-, Stahl- und Agrarindustrie sowie die Entlastung der arbeitenden Bevölkerung standen im Fokus.

Lechner sprach auch die Migrationspolitik an und forderte die Rückgewinnung der Kontrolle an den

Grenzen, um die Migration spürbar zu reduzieren. „Zuwanderung muss als Chance begriffen werden, aber wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Kommunen und sozialen Einrichtungen überlastet werden“, betonte er.

Abschließend forderte Lechner die



Landesregierung zu mehr Handlungsfähigkeit auf: „Die Verant-

wortung der Landesregierung ist groß. Wir müssen gemeinsam Ergebnisse liefern – für Niedersachsen und Deutschland.“ Er appellierte an SPD und Grüne, zügig für eine stabile Bundesregierung zu sorgen, um wieder handlungsfähig zu werden. „Jetzt ist es an uns, Stärke zu zeigen und zusammen für unsere Demokratie zu arbeiten.“

Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag wird sich weiterhin für einen klaren Politikwechsel einsetzen, um die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu meistern.

### **Lebenslanges Lernen muss mehr sein als ein Versprechen – wir müssen es aktiv fördern. CDU fordert Verankerung der Erwachsenenbildung in der Verfassung**

Die CDU-Landtagsfraktion Niedersachsen setzt sich für eine stärkere Anerkennung der Erwachsenenbildung ein und fordert deren Verankerung in der Landesverfassung.

„Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss oder der Ausbildung, sondern ist ein lebenslanger Prozess. Eine starke und innovative Erwachsenenbildung ist ein Gewinn

für Niedersachsen“, betont der CDU-Landtagsabgeordnete Lukas Reinken.

Mit einem Gesetzentwurf wollte die CDU-Fraktion das Recht auf Weiterbildung in der niedersächsischen Verfassung festschreiben. „Das würde den Stellenwert des lebenslangen Lernens unterstreichen und

künftige Landesregierungen an ihre Verantwortung erinnern“, so Reinken. Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen hätten diesen Schritt längst getan.

Die rot-grüne Regierungsmehrheit habe den Vorschlag jedoch abgelehnt. „Wir wollten eine breite

Debatte anstoßen – Rot-Grün hat die Tür dafür zugeschlagen“, kritisiert Reinken. Daher habe die CDU-Fraktion die Träger der Erwachsenenbildung zu einer eigenen Anhörung eingeladen. „Die Rückmeldungen waren eindeutig: Die Erwachsenenbildung braucht mehr Unterstützung, insbesondere angesichts steigender Kosten.“

Die CDU begrüßt zwar die zusätzlichen Haushaltsmittel für die Erwachsenenbildung im Haushalt 2025, hält diese aber für unzurei-

chend. „Wenn funktionierende Bildungsangebote aus Kostengründen gestrichen werden müssen, gehen wichtige Chancen verloren“, warnt Reinken.

Die CDU werde sich weiter für eine Stärkung der Erwachsenenbildung einsetzen. „Lebenslanges Lernen darf nicht nur ein Versprechen bleiben – wir müssen es aktiv fördern“, betont Reinken abschließend.



## „Niedersachsen kann mehr – wir müssen die Potenziale der Floating-Photovoltaik endlich nutzen“

Niedersachsen hat sich das Ziel gesetzt, bis 2035 mindestens 65 Gigawatt installierte Photovoltaik-Leistung zu erreichen. Davon sollen 15 Gigawatt durch Freiflächenanla-



gen gedeckt werden. „Um den landwirtschaftlichen Bodenmarkt zu entlasten, müssen wir Alternativen schaffen – Floating-PV ist eine dieser Alternativen“, so Koehler. Doch derzeit behindern gesetzliche Regelungen den Ausbau: Das Wasserhaushaltsgesetz erlaubt Floating-PV nur auf künstlichen oder stark veränderten Gewässern, und strenge Auflagen wie die Begrenzung auf 15 % der Wasseroberfläche sowie ein Mindestabstand von 40 Metern zum Ufer erschweren die Umsetzung. „Diese Regeln-

gen bremsen eine vielversprechende Technologie aus. Wir brauchen eine Anpassung des Wasserhaushaltsgesetzes, um Floating-PV-Anlagen einfacher realisieren zu können“, fordert Koehler.

Ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen zeigt, dass Floating-PV funktioniert: Eine Anlage auf einem Kieswerk erzeugt klimaneutralen Strom und reduziert CO<sub>2</sub>-Emissionen um 2.100 Tonnen pro Jahr. Doch der Genehmigungsprozess dauerte vier Jahre. „Solche bürokratischen Hürden müssen wir abbauen, damit Unternehmen

schneller auf erneuerbare Energien umstellen können“, betont Koehler. „Floating-PV kann zudem ökologische Vorteile haben: Es reduziert die Erwärmung und Verdunstung von Gewässern, verhindert Bodenverdichtung und erzielt bis zu 10 % höhere Erträge als konventionelle Solaranlagen. „Wir setzen uns dafür ein, dass Niedersachsen verstärkt in Forschung investiert. Soweit Naturschutzaspekte noch nicht abschließend geklärt sind, müssen diese Fragen zeitnah wissenschaftlich fundiert beantwortet und bei jedem Projekt sorgfältig geprüft werden“, so Koehler weiter. Die CDU fordert deshalb, gesetzliche Regelungen anzupassen und die Potenziale der Floating-PV nicht länger auszubremsen. „Wir müssen die Energiewende wirtschaftlich sinnvoll und nachhaltig gestalten. Niedersachsen hat beste Voraussetzungen – wir müssen sie nur nutzen“, betont Koehler abschließend.



# Löschung von kinderpornografischen Material konsequent durchsetzen – Opfer von Kindesmissbrauch besser schützen

Hannover. „Jede Minute, die vergeht, in der kinderpornografisches Material im Netz zu finden ist, stellt eine wiederholte Verletzung der elementarsten Rechte und der Würde der betroffenen Opfer dar“, sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Landtagsfraktion Carina Hermann. „Daher muss endlich sichergestellt werden, dass die Löschung kinderpornografischen Materials konsequent und endgültig erfolgt“, so Hermann weiter.

„Der Missbrauch von Kindern gehört zu den grausamsten und widerwärtigsten Straftaten in unserer Gesellschaft. Jeden Tag werden circa 54 Kinder und Jugendliche in Deutschland Opfer von sexuellem

Doch jüngste Enthüllungen des Recherchenetzwerks „Panorama und STRG\_F“ ließen große Zweifel daran aufkommen, dass die Polizeibehörden tatsächlich so viel Material löschen, wie sie könnten: „Es wird von einem vertraulichen Bericht der Innenministerkonferenz berichtet, der zu dem Ergebnis kommt, dass viele der Löschungen, die technisch möglich wären, tatsächlich gar nicht stattfinden, auch hier bei uns in Niedersachsen nicht“, so



Videomaterial zu suchen und dieses nachhaltig, also physisch und damit endgültig zu löschen. Wir fordern Sie auf, hierfür alle technischen

Hilfsmittel zu nutzen, um der unvorstellbaren Masse an Material gerecht zu werden. Außerdem fordern wir umgehend die Einrichtung einer niedersächsischen Zentralstelle bei der Polizei ein, die eng mit den für die Löschung zuständigen Behörden zusammenarbeitet und deren Arbeit koordiniert“, fordert Hermann.



Missbrauch. Diese Taten sind unbegreiflich.“, so die CDU-Politikerin.

„Und wäre der Missbrauch nicht schon grausam genug, dokumentieren ihn viele Täter und stellen Fotos und Videos ins Internet. Die Opfer müssen ertragen, dass der Missbrauch an ihnen millionenfach heruntergeladen, betrachtet und geteilt wird. Der Staat muss alles in seiner Macht Stehende tun, um dies zu verhindern“, erklärt Hermann.

Hermann weiter.

Mit einem Entschließungsantrag fordert die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, konkrete Maßnahmen für einen wirksamen Kinderschutz zu ergreifen und noch massiver gegen das Verbreiten kinderpornografischen Materials vorzugehen.

„Wir fordern Ministerin Behrens auf, die Polizeibehörden anzuweisen, eigeninitiativ im Internet nach kinderpornografischem Bild- und

„Zudem muss sich der Ministerpräsident auf Bundesebene einbringen entschlossen für die Vorratsdatenspeicherung eintreten. Rücksicht auf die Grünen darf er dabei nicht nehmen. Denn ohne eine dreimonatige Vorratsdatenspeicherung werden wir keine Beweise sammeln können, die wir benötigen, um die Täter zu ermitteln und anklagen zu können. Das müssen wir dringend ändern“, erklärt Hermann abschließend.

# Der Monat in Bildern

Wirtschaft & Politik im Austausch  
im Landkreis Cuxhaven



Februarplenium



Wahlkampf auf dem Wochenmarkt  
in Diepholz



Foto: Siggie Schritt

Wahlparty mit Axel Knoerig



Gegenbesuch im Landtag:  
Berufsinsider-Podcast-Host  
Florian Ertel



Austausch mit Maik Schwenker aus  
Diepholz zu „KursZukunft“

